

Landtag aktuell

26. Februar 2009

Sitzung des NÖ Landtages

Neuzusammensetzung der Landesregierung

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Landeshauptmannstellvertreter Ernest Gabmann (VP) meinte in seiner Abschiedsrede nach zwanzig Jahren in der Politik, fast siebzehn Jahre in der Landesregierung bzw. nahezu fünf Jahren als Landeshauptmannstellvertreter, Niederösterreich habe sich in dieser Zeit exzellent entwickelt. Mit Einsatz, Engagement und Enthusiasmus habe man versucht, dem Land ein eigenständiges Profil zu geben.

Bürokratieabbau, eine konzentrierte Abwicklung der Verfahren, eine Stärkung der Aus- und Weiterbildung, die Technologieoffensive und Entwicklung der Technopole, Investitionsförderungen wie das Beteiligungsmodell, die 1.600 Projekte der Regionalisierungsgesellschaft ecoplus, die Gründung der Regionalen Innovationszentren, die Einführung der Cluster, die Internationalisierung mit den NÖ-Büros in den Erweiterungsländern u. a. hätten dazu beigetragen, das Land wirtschaftspolitisch so zu positionieren, dass budgetär auch die Möglichkeit zur Dotierung anderer Bereiche bestehe.

Mittlerweile sei Niederösterreich auch im Tourismus federführend und am besten Weg, das Ziel von 7 Millionen Nächtigungen bis 2010 zu erreichen. Als Eckdaten dieser „Erfolgsstory“ nannte Gabmann den Weinherbst, die Wirtshauskultur, die NÖ Card etc. Niederösterreich könne auf seine Wirtschaftsdaten stolz sein. Die Zahl der Betriebsstandor-

te, der Beschäftigtenstand, die Tourismuszahlen oder das Medianeinkommen der Bevölkerung stellten dem Land ein hervorragendes Zeugnis aus.

Er habe immer das Glück gehabt, in einem „Dream-Team“ zu arbeiten. Landeshauptmann Pröll sei immer hinter ihm gestanden. Das Mandat Niederösterreichs am Flughafen übernehmen zu dürfen, sei ein weiterer großer Vertrauensbeweis. Gabmann sagte, es sei ihm immer wieder eine Freude gewesen, als Regierungsmitglied in die Regionen hinauszufahren und mit den Bürgern in Kontakt zu treten. Sein besonderer Dank gelte seinen Mitarbeitern im Büro, den Abteilungen im Amt der NÖ Landesregierung und den Mitgliedern der Landesregierung, auf die man stolz sein könne.

Landesrat DI P l a n k (VP) bedankte sich bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie bei Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll für das hohe Vertrauen, das man ihm entgegengebracht habe. Die erneuerbaren Energien, die gentechnikfreie Region Waldviertel sowie in der Kooperation von Landwirtschaft, Wirtschaft und Umweltschutz sei es gelungen, neue Weichenstellungen vorzunehmen. Als wichtige Zukunftsfragen bezeichnete er die Entwicklung im ländlichen Raum, den Klimawandel sowie die Erhöhung des Ökostrom-Anteils. Als eine prägende Herausforderung beschrieb er die Hochwasserkatastrophe im Jahr 2002, bei der man das Leid von Tausenden gesehen habe, die fast alles verloren haben. Hohen Respekt zollte er dem Landtag, wo die politische Auseinandersetzung nie ein bestimmtes Niveau unterschritten habe. Auch das Projekt Europa, den Fall des Eisernen Vorhanges, die Erweiterung und die Einführung des Euro bezeichnete er als wichtige Meilensteine für die Zukunft.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) würdigte beide Politiker als anerkannte Persönlichkeiten mit hoher Sachkompetenz und Pflichtbewusstsein. Weiters dankte er ihnen für ihren Einsatz für das Land Niederösterreich und ihren Respekt gegenüber dem NÖ Landtag. Gabmann sei 1988 Abgeordneter im Landtag und bereits nach vier Jahren Mitglied der Landesregierung geworden. Im Jahr 2004 sei er zum Landeshauptmannstellvertreter

gewählt worden. Landesrat Plank sei seit dem Jahr 2000 Mitglied des Regierungsteams und der Prototyp eines modernen Agrarpolitikers. Seine Stärken seien die Umweltpolitik, die Stärkung des Regionalbewusstseins sowie die Entwicklung eines flächendeckenden Zivil- und Katastrophenschutzplanes gewesen. Außerdem habe er sich immer sachlich mit allen Beiträgen des Landtages auseinandergesetzt. Am Höhepunkt seines Erfolges habe sich Plank entschlossen, neue Aufgaben abseits der Politik anzunehmen.

Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka (VP) wurde mit 33 von insgesamt 54 Stimmen zum Landeshauptmannstellvertreter gewählt; 21 der abgegebenen Stimmen waren ungültig. Landtagsabgeordneter Mag. Johann Heuras (VP) wurde von 46 Abgeordneten zum Landesrat gewählt; acht Stimmen waren ungültig. Dr. Stephan Pernkopf (VP) wurde von 52 Abgeordneten zum Landesrat gewählt; zwei Stimmen waren ungültig. Alle drei Politiker nahmen die Wahl an und leisteten das Gelöbnis in die Hand des Landeshauptmannes.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Wolfgang S o b o t k a (VP) dankte für das Vertrauen, welches er zu rechtfertigen gedenke. Er nehme die Wahl mit Freude und Respekt an und sehe seine Vorgänger als „Herausforderung und Vorbild“. Seine Arbeit solle davon geprägt sein, dass sie dem Menschen im Land diene und das Land entsprechend begleite. Er wolle auch vor allem Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll unterstützen und versuchen, diesem den Rücken freizuhalten. Generell möchte er, so Sobotka, nach seiner Arbeit beurteilt werden. Er merkte an, dass es in schwierigen Zeiten nicht zu streiten gelte und es allen gut anstehe, das Gemeinsame zu suchen. Zum Nutzen der Landsleute und der Heimat Niederösterreich wolle er seine ganze Arbeitskraft einbringen.

Landesrat Mag. Johann H e u r a s (VP) sprach von einem „bewegenden Moment“ und dankte sowohl dem Landeshauptmann als auch dem Landtag für die Ehre und das Vertrauen, das ihm entgegengebracht werde. Die Herausforderung, vor der er nun stehe, nehme er in Demut und mit Respekt an. Auch er wolle die Hand ausstrecken und die Zusammenarbeit suchen. Das Scheiden als Bürgermeister von St. Peter in der Au erfülle

ihn mit Wehmut, doch gehe er sein neues Amt mit voller Kraft an. Als politische Grundsätze formulierte er „effizientes Handeln, das Gebot der Nachhaltigkeit und der Bürgernähe“. Im Bereich Bildung, den er aus Sicht des Pädagogen, des Vaters, des Kommunal- und Landtagspolitiklers kenne, habe das Wohl des Kindes im Mittelpunkt zu stehen. Chancengleichheit bedeute, jedem Kind seine individuelle Chance gemäß dessen Talenten und Begabungen geben zu können. Dabei müsse Fördern und Fordern in gutem Mittelmaß im Mittelpunkt stehen.

Landesrat Dr. Stephan P e r n k o p f (VP) meinte in seiner Antrittsrede, das Ressort bedeute eine große Verantwortung und einen großen Auftrag, den er mit großem Respekt annehme. Er übernehme einen gut bestellten Hof, die Landwirtschaft in Niederösterreich sei sehr gut aufgestellt. Als Bauernsohn seien ihm die Anliegen der Landwirtschaft in die Wiege gelegt. Er kenne die Sorgen und Probleme aus erster Hand. Zur Atomenergie sage er ein ebenso klares Nein wie zur Gentechnik: „Wenn Brüssel den Anbau von Genmais erzwingen will, so hat irgendjemand Europa falsch verstanden.“ Als zuständiges Regierungsmitglied dankte er den Freiwilligen Feuerwehren für ihren Einsatz in den letzten Tagen.

In der Folge wurde Anton Kasser als Abgeordneter angelobt.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) gab daraufhin nominelle Änderungen in den Ausschüssen bekannt.

Punkto Abhaltung einer Debatte über verschiedene Anfragebeantwortungen in der aktuellen Sitzung wurde der Antrag auf Debatte über eine Büroräumung – Auftragserteilung zur rechtswidrigen Vorgangsweise einstimmig angenommen. Die übrigen Anträge blieben in der Minderheit.

Die Aktuelle Stunde als ersten Verhandlungsgegenstand durchzuführen, wurde einstimmig angenommen.

Es folgte die **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Sanierung der Krankenkassen – nicht auf dem Rücken der NÖ Patienten**“.

Abgeordneter Edmund **T a u c h n e r** (FP) meinte, den niederösterreichischen Patienten sei keine weitere Belastung zuzumuten. Die Finanzierungsströme im Gesundheitswesen glichen einem gordischen Knoten. Österreich leiste sich neun Gebietskrankenkassen, was erhebliche Mehrkosten bringe. Tauchner forderte eine eigene Sozialkassa für Ausländer. Zudem sei ein Lichtbild bei den e-cards erforderlich, um den weit verbreiteten Missbrauch zu verhindern. Außerdem sollen alle Kassen zusammengelegt werden.

Abgeordnete Dr. Helga **K r i s m e r - H u b e r** (G) bezeichnete das Gesundheitswesen als sehr komplexes System, das nur reformiert werden könne, wenn man bisherige Tabus breche. In diesem Zusammenhang forderte sie die Einführung einer Vermögenssteuer, die Anhebung der Höchstbemessungsgrenze auf 5.000 Euro sowie einen Freibetrag von 200 Euro bei den unteren Einkommen zur nachhaltigen Sanierung der Krankenkassen.

Landesrätin Barbara **R o s e n k r a n z** (FP) meinte, den Menschen zu versprechen, es werde zu keinen neuen Belastungen oder Leistungseinschränkungen kommen, obwohl die Kassen zunehmend zahlungsunfähig seien, sei eine bewusste Irreführung der Patienten. Die von der Bundesregierung beschlossene Überbrückungshilfe sei zu kurz gegriffen und würde nur über einige Monate hinweghelfen. Vielmehr sei eine nachhaltige Strukturreform notwendig. Zudem müsse man die wahren Gründe für die Defizite bei den Krankenkassen ansprechen. Ein Grundproblem seien das demografische Missverhältnis im Land und die seit Jahrzehnten rückläufige Geburtenrate. Andere Punkte seien die Vielzahl an Krankenkassen, der verhältnismäßig große Verwaltungsaufwand, der große Einfluss der Politik und der Missbrauch der e-cards. Zudem bringe die hohe Einwanderung den Sozialstaat ins Wanken. Im letzten Jahr seien insgesamt 155.000 e-cards verschwunden, gestohlen bzw. nicht mehr auffindbar.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meldete sich zur Geschäftsordnung und verlangte vom Landtagspräsidenten Nowohradsky einen Ordnungsruf für den Zwischenruf „Lügner“.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) sagte, die Probleme bei der Finanzierung der Sozialversicherungsträger seien auf die VP-FP-Koalition auf Bundesebene zurückzuführen, die nur Chaos und Parteifilz hinterlassen haben. Um das Problem zu lösen, müsse das Geld bei den Krankenkassen ankommen, weiters dürfe am System der Selbstverwaltung nicht gerüttelt werden. Zudem gebe es keine Leistungskürzungen, wie von der Vorrednerin behauptet, sondern der Leistungskatalog werde sukzessive ausgebaut. Leistungskürzungen würden bei der NÖ Gebietskrankenkassa nicht einmal angedacht. Er stellte die Frage, wo die NÖ Gebietskrankenkassa eigentlich noch einsparen könne und betonte, dass der „unpersönliche Verwaltungsmoloch in Wien“ hinterfragt werden sollte. Er hielt fest, dass es zu keiner Verschlechterung der ärztlichen Leistungen kommen und man es schaffen werde, die Kassen wieder aus den roten Zahlen zu führen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, dass es die Pflicht von Abgeordneten sei, sich Gedanken zu machen. Es könne nicht sein, dass die Versicherten Angst haben müssten; wenn man Geld für Banken und Konzerne habe, so dürften die BürgerInnen nicht auf der Strecke bleiben. Es müsse gewährleistet sein, dass es zu keinen Leistungskürzungen für die PatientInnen komme. Auch der e-card-Missbrauch müsse kontrolliert werden. Wünschenswert sei, die e-card mit Fotos zu versehen. Abschließend hielt er fest, dass das heimische Sozialsystem die Zuwanderung nicht mehr tragen werde, wenn diese wie gehabt fortgesetzt würde.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) meinte, dass es in der Gesundheitspolitik zuerst um das Wohl der PatientInnen gehe und dieses durch das nicht vorhandene Vertrauen in das System gefährdet werde. Richtung FP NÖ meinte er, dass man „nicht alles madig machen“ dürfe. Die Sanierung der Kassen werde auf Bundesebene angegangen,

vom Minister seien konkrete Maßnahmen eingefordert worden. Gegen Fotos auf den e-cards würden u. a. die Kosten sprechen.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, dass es unrichtig sei, den Missbrauch der e-cards und die Zuwanderung in einen Zusammenhang zu setzen. Die Ursachen für die Schwierigkeiten im Gesundheitssystem würden in Systemfehlern liegen. So sei etwa die Beitragsseite ausgehöhlt worden und auch der Faktor Globalisierung sei verantwortlich zu machen.

Die nächsten beiden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Landespflegeheime; Änderung des Ausbau- und Investitionsprogrammes 2006 bis 2011** (Berichterstatter: Abgeordneter Jürgen M a i e r , VP)
- **Landespflegeheim Mauer, Psychosoziales Betreuungszentrum, Errichtung Haus 44** (Berichterstatter: Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l , VP)

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) betonte, dass der nun vorgelegte neue Plan für das Ausbauprogramm eine wesentlich höhere Bedarfsprognose im stationären und ambulanten Bereich als frühere Berechnungen aufweise. Die FP NÖ sei dafür, Betreuungsleistungen in der Familie zu unterstützen, um das Pflegesystem zu entlasten. Sehr positiv sei die Übergangspflege zu bewerten. Das Land Niederösterreich wäre gut beraten, vermehrt auf eigene Pflegeheime bzw. Non-profit-Träger zu setzen.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, mit dem Wegfall des Regresses sei der Drang in die Landesheime rasant angestiegen. In Niederösterreich fehle ein wesentlicher Bestandteil, und zwar die teilstationären Angebote. Das Schlimmste für die Menschen sei, sich alleine zu fühlen. Ihre Fraktion werde der Landtagsvorlage die Zustimmung erteilen, sei aber sehr skeptisch, ob man mit dem Bedarf Schritt halten könne.

Abgeordnete Karin K a d e n b a c h (SP) sagte, sie sei stolz darauf, ein Gesundheits- und Sozialsystem zu haben, in dem die NiederösterreicherInnen immer älter werden könnten. Bis 2030 werde sich der Anteil der über 80-Jährigen verdoppeln und daher brauche es mehr Betreuung, mehr Betreuung zu Hause und Übergangsbetten. In den Pflegeheimen arbeiteten extrem engagierte und tüchtige Menschen. Aber gerade im Bereich der Pflege gäbe es auch sehr viele Beschäftigte mit Burn-out-Syndrom.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) vertrat die Meinung, mit dem heutigen Beschluss würde zusätzliche Sicherheit für Kranke und pflegebedürftige Menschen geschaffen. Die demografische Entwicklung schreite stark voran, und es sei die große Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass ein Altern in Würde möglich sei. Hier werde man in Zukunft massiv gefordert sein. Das Ausbauprogramm sei ein wesentlicher Impuls für die Baukonjunktur vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen zur richtigen Zeit und ein weiterer Mosaikstein, Niederösterreich als soziale Modellregion zu gestalten.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, höchste Priorität müssten Ideen zur Finanzierung der Betreuung im eigenen Heim haben. Wichtig sei dabei auch die sozialrechtliche Absicherung der Pflegenden. Das Konzept der Betreuerinnen aus Tschechien, der Slowakei, Ungarn etc. habe keine Zukunft. Besser sei es, hierfür Frauen aus dem Wiedereinsteigerinnenbereich zu gewinnen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) bezog sich auf den Neubau im Landespflegeheim Mauer. Das Haus 44 werde auf zwei Stationen 60 Betten und zahlreiche Nebeneinrichtungen umfassen und in einer parkähnlichen Landschaft liegen. Die Fertigstellung ist für 2010 geplant.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) sagte, die geläufige Kombination „alt und krank“ führe zu Missverständnissen in der Wertediskussion. Wenn es keine ausländischen Betreuerinnen gebe, gebe es kaum Pflegende und jede würde das Dreifache kosten. Der Mensch habe auch soziale Bedürfnisse, sehr wichtig sei es daher, die Seele gesund zu

halten. Bewegungsgruppen für Senioren frühzeitig anzubieten, sei daher eine gute Idee. Das Ausbauprogramm stehe für ein soziales und menschliches Niederösterreich.

Bei der folgenden Abstimmung wurden beide Anträge einstimmig angenommen.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend „**Bildungszentrum Campus Krems**“; **Neubau – Erweiterung für das IMC in Krems**.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) eröffnete die Debatte mit dem Hinweis, seine Fraktion sei für die Stärkung des tertiären Bildungssektors und den Ausbau des Bildungsstandortes Krems. Es sei wichtig, dass am Campus Krems jetzt endlich Ruhe einkehre. Überlegenswert sei es, das Gefängnis Stein zu übersiedeln und das Gebäude der Kunstmeile anzugliedern. Er sagte, das NÖ Schulmodell stelle keinen Meilenstein für die Jugend dar, sondern sei vielmehr ein Rückschritt, da es in Niederösterreich noch immer nicht die von Bildungsexperten geforderte Gesamtschule gebe. Weiters kritisierte er den Versuch von Bildungsministerin Schmied, die Lehrverpflichtung der Professoren um zwei Stunden zu erhöhen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, die Fachhochschulen in Niederösterreich seien eine Erfolgsgeschichte. Krems zähle mittlerweile zu einer der wichtigsten Schulstädte in Österreich. In diesem Zusammenhang kritisierte er das „verschachtelte Konstrukt bei der Fachhochschule IMC“.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) sagte, der Campus Krems sei das Zentrum des Studentenlebens der Donau-Universität und der Fachhochschule. Insgesamt würden 34.000 Quadratmeter von der Fachhochschule IMC, der Donau-Universität und der Filmgalerie gemeinsam genutzt. Der Antrag zum Ausbau der IMC Fachhochschule werde daher von der SP gerne unterstützt.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) bezeichnete das vorliegende Projekt als einen Meilenstein für die Aus- und Weiterbildung in Niederösterreich. Die Fachhochschule Krems biete mittlerweile eine einzigartige internationale Form des Studierens. Die Absol-

venten der Donau-Universität und der Fachhochschule seien Botschafter der Stadt Krems in der ganzen Welt. Mittlerweile gebe es 14.000 Studierende und 123 Professorinnen und Professoren.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landeskrankenhaus Wiener Neustadt, Funktions- und Bettenstrukturanpassung und sicherheitstechnische Maßnahmen**.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) kritisierte die hohen Kosten für die geplante Standortanpassung des Landeskrankenhauses Wiener Neustadt, die sich mittlerweile auf 29,3 Millionen Euro belaufen würden. Wobei allein für die Planung und Ausschreibung des Projekts 11 Millionen Euro veranschlagt seien.

Dritter Präsident Alfredo R o s e n m a i e r (SP) meinte, das Landeskrankenhaus Wiener Neustadt sei ein Paradebeispiel für den Elan, mit dem der Ausbau der Gesundheitsinfrastruktur in Niederösterreich vorangetrieben werde. Dabei gehe es um die Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Wiener Neustadt, die Errichtung einer Bettenstation für die 2. Medizinische Abteilung, um eine neue Brandschutzanlage sowie um eine Dialysestation. Diese Investitionen seien notwendig, trotz des geplanten Neubaus eines Spitals nahe der Arena Nova.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) meinte, dass sich mit der Übernahme des Spitals in Wiener Neustadt durch das Land Niederösterreich Vieles zum Besseren verändert habe. Der damals noch herrschende schlechte Standard wie beispielsweise zu kleine Nassräume und zu wenige Toiletten sei mittlerweile durch das Land behoben worden. Auf Grund einer Analyse, die von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll in Auftrag gegeben wurde, sei es zweckmäßig und finanziell sinnvoll, ein neues Spital zu errichten. Trotzdem gebe es die Zusage des Landes, im alten Gebäude alle notwendigen Maßnahmen zum Erhalt der Gesundheitsinfrastruktur umzusetzen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **NÖ Bediensteten-Schutzgesetz 1998, Tätigkeitsbericht der NÖ Bedienstetenschutz-Kommission über die Jahre 2006 bis 2008.**

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) hielt fest, dass im Bericht zwar von Mängeln die Rede sei, doch diese nicht erklärt und dargestellt würden. Dies sei sowohl faktisch als auch rechtlich unzureichend. Gemeinsam mit den Abgeordneten ihrer Fraktion brachte sie einen **Resolutionsantrag** betreffend Tätigkeitsbericht der NÖ Bedienstetenschutz-Kommission ein. Dieser beinhaltet die Bitte an die Landesregierung, diesbezüglich künftig das geltende Gesetz einzuhalten bzw. Substanz in den Bericht zu bringen.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) meinte, dass der Bericht Missstände aufzeigen solle, „so dies aber nicht der Fall sei“, genüge eine derartige Ausgestaltung. Er wies zurück, dass der vorliegende Bericht nicht dem Gesetz entspreche. Zudem wies er darauf hin, dass sich die Mängel um 20 Prozent verringert hätten.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Grünen angenommen. Der Resolutionsantrag der Grünen wurde abgelehnt.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Tauchner u. a. betreffend **Wertanpassung der österreichischen Familienleistungen.** Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) führte aus, dass die BürgerInnen zuletzt mit Teuerungen zu kämpfen hatten und die finanziellen Verluste für Familien inzwischen einen Höhe erreicht hätten, die eine Anpassung erforderlich mache. Es sei eine gezielte Familienförderungs politik von Nöten. Die neue Bundesregierung müsse den Wertverlust ausgleichen und eine Indexanpassung der Familienleistungen vornehmen. Als Beispiel nannte Tauchner die Familienbeihilfe.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) meinte, dass ihre Fraktion den Antrag der FP unterstützen werde, da Familien mit mehreren Kindern oft am Rande der Armut stünden. Die Mehrausgaben für Familien würden, wie eine Studie aus 2008 zeige, oft durch Selbstbehalte, Tarife und dergleichen zustande kommen. Dies betreffe etwa Bereiche wie Kindergarten, Schule, Mobilität, Gesundheit und Therapien. Ihrer Meinung nach müsste eine Therapie, die einem Kind von einem Arzt verschrieben wird, für dieses Kind jedenfalls gratis sein.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) gab an, dass die Familie die Keimzelle des Staates und ein hochsensibles Thema sei. Die Familienpolitik sei stark ideologisch positioniert und leide an einem Mauerblümchen-Dasein.

Abgeordnete Karin K a d e n b a c h (SP) ging auf den Antrag der FP ein und stimmte zu, dass heutzutage Familien mit hohen Lebenshaltungskosten konfrontiert seien. Allerdings, so Kadenbach, seien diesbezüglich sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene bereits einige Maßnahmen gesetzt worden. Die Steuerreform des Bundes habe 2,3 Milliarden Euro für Steuerentlastungen gebracht und eine Reihe von Maßnahmen, die gerade Familien mit Kindern massiv entlasten würde. Es bedürfe aber auch des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs und der Erreichbarkeit von Schulen und Kindergärten sowie einen sinnvollen Mix aus monetären Leistungen und Sachleistungen. Mit der jetzigen Steuerreform seien die Weichen in die richtige Richtung gestellt, um Familien Mut zum Kind zu machen.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) kündigte an, dass ihre Fraktion nicht zustimmen werde. Gerade das letzte Familienpaket auf Bundesebene habe sehr viele Verbesserungen gebracht. Steuerliche Maßnahmen wie zum Beispiel die Erhöhung des Kinderabsetzbetrages kämen direkt den Familien zugute. Mit der Kindergartenoffensive des Landes würden 1.000 Arbeitsplätze geschaffen und 250 Millionen in die Bauwirtschaft investiert. Mit diesen Maßnahmen sei ein großer Schritt für die Familien gesetzt worden.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) ersuchte die Abgeordneten bei der Abstimmung „familienpolitisch zu agieren“.

Der FP-Antrag wurde mit den Stimmen der VP und SP abgelehnt.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Cerwenka u. a. betreffend **NÖ Manager-Dienstverträge Gesetz 2008 (MDG)**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, der Antrag sei ein erster Versuch, das Thema Managergehälter in die öffentliche Debatte in Niederösterreich zu bringen. Sie bedaure, dass es im Ausschuss nur eine sehr kurze Erörterung gab. Man sollte zumindest über „volle Transparenz“ reden.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, dieser Antrag würde seine Zustimmung finden, weil er sachlich und inhaltlich in Ordnung sei. Der Antrag sei zeitgemäß, weil die Menschen Transparenz wollten. Nur mit Transparenz und Ehrlichkeit könne man Vertrauen zurückgewinnen.

Abgeordneter Helmut C e r w e n k a (SP) erinnerte daran, dass seine Fraktion diesen Antrag bereits vor einem Vierteljahr eingebracht habe. In Zeiten der Konjunkturabschwächung sei es nötig, den Menschen ein Signal zu geben. Es könne nicht so sein, dass viele Menschen den Gürtel enger schnallen müssten, Manager aber nicht betroffen seien. Er schlage bei allen Unternehmungen, bei denen das Land mehr als 50 Prozent der Anteile halte, eine Deckelung auf den Bezug des Landeshauptmannes vor. Ein Bonussystem für Großverdiener zu unterstützen, sei der falsche Weg.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) sprach von Schönfärberei und parteipolitischer Brille. In Zeiten von Hilfspaketen und Konjunkturprogrammen solle die Gesellschaft nicht mit Neid und Hass überzogen werden. Transparenz dürfe nicht zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit gehen. Niederösterreich brauche keine „Manager der zweiten Reihe“. Die VP

trete für eine leistungsgerechte Entlohnung und gegen Nivellierung ein. Einkommen, Leistung und Verantwortung seien in Balance zu halten.

Im Folgenden wurde der auf Ablehnung lautende Antrag mit den Stimmen der VP angenommen.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) begründete die Dringlichkeit des Antrages der Abgeordneten Jahrman, Dr. Petrovic u. a. betreffend **Verbesserung der NÖ Schulschikurs-Sportwochenförderung und der NÖ Schulstarthilfe.**

Die Dringlichkeit wurde einstimmig zuerkannt.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) eröffnete die Debatte mit dem Hinweis, gerade in letzter Zeit seien die Anmeldungen zu Schulschikursen stark zurückgegangen. Es sei schade, dass sich dies viele Familien nicht mehr leisten könnten. Unterstützungsangebote könnte es auch für Händler und den Verleih geben.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) kündigte an, ihre Fraktion werde nicht zustimmen. Die Förderung sei gerade für Mehrkindfamilien geschaffen worden. In Härtefällen gebe es durchaus auch Förderungen für Einkindfamilien.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, Kinder und Familien müssten unterstützt, Bewegung müsse gefördert werden. Das müsse für jede Familie leistbar sein.

Abgeordneter Helmut C e r w e n k a (SP) sagte, die Preise hätten stark angezogen, die wirtschaftliche Situation sei schwierig, die Teilnehmerzahlen seien stark rückläufig. Zudem seien diese Kinder die Wintersporttouristen von morgen. Der Status quo sei weder sozial gerecht noch treffsicher. Es gehe dabei nicht um Unsummen für das Land, sehr wohl aber um menschliche Hintergründe.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Es folgte die Debatte über die **Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Büroräumung – Auftragserteilung zur rechtswidrigen Vorgangsweise.**

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, die Nutzung der Räumlichkeiten der Abgeordneten müsse geregelt sein, damit es bei Veränderungen der Zusammensetzung der Klubs zu keinen Widersprüchen komme. Im Zweifel würden die Höchstgerichte immer im Sinn der in ihren Rechten verletzten Abgeordneten entscheiden. Grundsätzlich müsse man die Rechte der Opposition stärken und nicht schmälern. In diesem Zusammenhang plädierte sie für eine Überarbeitung der Geschäftsordnung.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, das Gericht habe in seinem Erkenntnis nicht geklärt, „wer den Gesetzesbruch zur Räumung seines Büros veranlasst“ habe. Faktum sei, dass die Gebäudeverwaltung beim Amt der NÖ Landesregierung die Räumung durchgeführt habe. Bei der Büroräumung verschwanden laut Waldhäusl Akten betreffend die Causa Mörwald.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) distanzierte sich von der durchgeführten Büroräumung.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) erklärte, dass im Sommer 2006 das Büro von Waldhäusl geöffnet und geräumt und einige Unterlagen verschwunden seien. Das Erkenntnis des Gerichts bestätige, dass der Abgeordnete in seinen von der Verfassung garantierten Rechten verletzt worden sei.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) sagte, der Beginn der Landtags-sitzung habe gezeigt, wie verantwortungsvoll in Niederösterreich agiert werde. Das Erkenntnis des Gerichtshofes werde selbstverständlich zur Kenntnis genommen, die Unterstellung Waldhäusls werde aber zurückgewiesen, der Landeshauptmann habe keinen Rechtsbruch begangen.

Der Antrag des Abgeordneten Waldhäusl, die Anfragebeantwortung als unzureichend zu bezeichnen, wurde abgelehnt.

Schluss der Sitzung!